

**Entwurf des SPD-Zukunftsprogramms für die
Landeshauptstadt Hannover zur Kommunalwahl 2026**

Inhaltsverzeichnis

Beteiligung & Fahrplan.....	1
1 Hannover – die familienfreundlichste Stadt Deutschlands.....	1
Bildung & Betreuung.....	1
Gesundheit & Ernährung.....	5
Mobilität & Teilhabe.....	6
Chancengleichheit & Integration.....	6
Freizeit, Bewegung & Sport.....	7
Freizeit und Jugendarbeit.....	8
Engagement, Beteiligung & Demokratie.....	9
Wohnen & Generationen.....	9
2 Sicherheit – ein sicheres und lebenswertes Hannover.....	11
Öffentliche Sicherheit.....	11
Sichere und saubere öffentliche Räume & Beleuchtung.....	12
Präsenz & Prävention.....	12
Soziale Sicherheit und Zusammenhalt.....	13
Soziale Teilhabe und Armutsbekämpfung.....	15
Wohnen & Stadtentwicklung.....	15
3 Arbeit & Wirtschaft – Gute Arbeit und eine starke Wirtschaft für Hannover	15
Die Landeshauptstadt als Vorbild.....	16
Hannover als starker Wirtschaftsstandort	16
Allianz der Chancen – Die Jobdrehscheibe für ganz Hannover	17
Zukunftstechnologien und E-Mobilität voranbringen.....	19
Fachkräfte sichern und Ausbildung stärken	19
Innovation, Start-ups und Wissenschaft fördern	19

1	Stärkung des Messe-, Kongress- und Veranstaltungsstandortes.....	20
2	Innenstadt stärken	20
3	Handwerk und Mittelstand – das Rückgrat stärken.....	21
4	Lokale Wirtschaft und lebendige Stadtteile stärken	21
5	Hannover als Stadt der Märkte und Veranstaltungen.....	22
6	4 Funktionierende Stadt – modern, sauber, verlässlich	23
7	Verwaltung & Digitalisierung	23
8	Arbeitgeberin LHH & Personal.....	25
9	Sauberkeit, Grün & Stadtbild	25
10	Bau & Infrastruktur	26
11	Bürgernähe & Ehrenamt.....	26
12	Infrastruktur & Lebensqualität.....	27
13	Gesundheit.....	27
14	Sportvereine, Kleingarten	28
15	5 Querschnittsthemen: Zusammenhalt, Digitales, Nachhaltigkeit	29
16	Klima & Stadtentwicklung.....	29
17	Frauen im Fokus.....	29
18	Demokratie & Teilhabe.....	30
19	Kultur & Stadtleben	30
20	Friedhöfe & Erinnerungskultur	31
21	Mobilität & Fußverkehr	31
22	Demokratie stärken / Kampf gegen Rechts.....	31
23	Ergänzungen nach Stadtbezirken	32
24		
25		
26		
27		
28		
29		

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Entwurf

Beteiligung & Fahrplan

Der vorliegende Entwurf beruht auf dem Mitglieder-Talk vom 24.08.2025 sowie den anschließenden Workshops und den bisherigen Ideen/Anregungen der Ortsvereine. Gearbeitet wurde mit Themeninseln „Ein sicheres Hannover“, „Deutschlands familienfreundlichste Stadt“, „Arbeit & Wirtschaft“ und „Funktionierender Stadt“ sowie offenen Gruppen zu Querschnittsthemen und Stadtbezirks-bezogenen Anliegen. Es wurde jedem Ortsverein ein Dialogformat angeboten, um über die aktuellen Themen zu sprechen. Im weiteren Verlauf wurde mit Mitgliedern der Ratsfraktion Expert:innen-Gruppe zu den jeweiligen Schwerpunkten gebildet. Die Arbeitsgruppen der Partei wurden ebenfalls involviert, im Besonderen für die Querschnittsthemen: Nachhaltigkeit, Zusammenleben und Digitalisierung. Für die Kampagne bis Mai 2026 gilt: Wir priorisieren konsequent nach den Kategorien **„finanzierbar – umsetzbar – kommunizierbar“**. Wir evaluieren einmal pro Jahr, wie viel wir von unserem Programm umgesetzt haben.

1 Hannover – die familienfreundlichste Stadt Deutschlands

Hannover, eine Stadt für Alle: Eine familienfreundliche Kommune ist die Grundlage für ein lebendiges und zukunftsfähiges Gemeinwesen. Familien in all ihrer Vielfalt und die Verantwortung füreinander übernehmen – mit Kindern, Jugendlichen, Alleinerziehenden, Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien oder Mehrgenerationenhaushalten – verdienen verlässliche Unterstützung und gute Rahmenbedingungen vor Ort. Gute Schulen, verlässliche Betreuungsangebote und eine lebendige Kinder- und Jugendarbeit sind zentrale Bausteine für eine Stadt, in der alle Generationen Chancen nutzen und Talente entfalten können. Gleichzeitig wollen wir die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien stärken, damit sie ihre Stadt aktiv mitgestalten können. Unser Ziel ist eine Kommune, in der alle Menschen gut leben, sich einbringen und gemeinsam die Zukunft unserer Stadt gestalten.

Bildung & Betreuung

- Nach Hamburger Modell wollen wir allen jungen Familien die Bürokratie erleichtern. Nach der Geburt läuft alles automatisch: Anmeldung des Kindes, Kindergeldbezüge etc. sollen automatisch ohne eigenes Zutun in die Wege geleitet werden.
- Das Angebot an passenden Krippen- und Kitaplätzen für den Familienalltag ist für Eltern die Grundlage für Teilhabe am Arbeitsleben und für die Kinder ist die Zeit in der Krippe

- 1 • und der Kita ein wichtiger Baustein für ihre Entwicklung. Nach einer Zeit der Knappheit
2 an Kitaplätzen erleben wir seit dem Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine
3 einen Geburtenrückgang, der uns vor wichtige Entscheidungen stellt. Wir haben jetzt die
4 Chance,
 - 5 ○ die Gruppengrößen in den Einrichtungen zu verkleinern, um den gestiegenen
6 Bedürfnissen aller Kinder gerecht werden zu können und die Mitarbeitenden
7 in den Einrichtungen zu entlasten.
 - 8 ○ das Platzangebot stadtweit so aufzustellen, dass Familien auch unterjährig
9 freie Plätze in Einrichtungen finden können und nicht nur zum 1.8. eines Jah-
10 res.
 - 11 ○ das Angebot der integrativen Krippen- und Kitaplätze auszubauen.
 - 12 ○ das Betreuungspersonal und die Betreuungszeiten so aufzustellen, dass alle
13 Elternteile verlässlich in Vollzeit berufstätig sein können, auch für die Spät-
14 und Nachtschichten soll eine Betreuung sichergestellt werden.
- 15 • Das Online-Anmeldesystem für Kinderbetreuungsplätze ist in der aktuellen Form
16 keine Hilfe, sondern eine Parallelstruktur, die den Eltern mehr Arbeit macht. Sie muss
17 eine bedienerfreundliche Rückversicherung für Familien werden, dass das „Familien-
18 ServiceBüro“ alle Gesuche im Blick hat und die Suche nach einem passenden Platz für
19 jedes Kind aktiv unterstützt. Kein Gesuch darf automatisch gelöscht werden. Wir for-
20 dern eine einheitliche Übersicht über alle verfügbaren Kita-Plätze.
- 21 • Verstetigung eines einheitlichen Qualitätsrahmens für Kindertagesstätten, soweit sie
22 kommunal finanziert werden, bspw. soll die Verlässlichkeit der Betreuung durch ei-
23 nen Fachkräfte-Pool sichergestellt werden.
- 24 • Erhalt kleiner Kitas, da sie für die wohnortnahe Versorgung vor Ort notwendig sind
25 auch für Kinder, die es etwas ruhiger benötigen.
- 26 • Der Beruf der Erzieher:innen muss attraktiver gestaltet werden, damit wir eine Ver-
27 lässlichkeit der Betreuung sichern können. Das betrifft insbesondere die Vergütung
28 von Erzieher:innen während ihrer Weiterbildung zum/zur Sozialarbeiter:in:
 - 29 ○ Wenn Erzieher:innen die Weiterbildung zu Sozialarbeiter:innen bestreiten,
30 kommt es zu Einkommenseinbußen im Anerkennungspraktikum. Wer als aus-
31 gebildeter Erzieher:in die Weiterbildung zum Sozialarbeiter macht, muss ein
32 verpflichtendes Praktikum absolvieren (Anerkennungspraktikum/Anerken-
33 nungsjahr). In dieser Phase wird der neue Abschluss anerkannt. Während die-
34 ses Anerkennungspraktikums verdienen viele weniger als zuvor als ausgebil-
35 dete Erzieher*in. Im Anerkennungspraktikum zum/zur Sozialarbeiter:in gilt

man formal wieder als in Ausbildung bzw. in Anerkennungsphase. Die Bezahlung liegt deshalb oft unter dem bisherigen Gehalt, trotz Berufserfahrung. Dieses soll angepasst werden in Abstimmung mit dem Land.

- Der bauliche Zustand sämtlicher Bildungseinrichtungen erfordert kontinuierliche Anstrengungen. Mit der Schaffung eines Sonderfonds für Sanierungen von Kindertageseinrichtungen und der Gründung der Hochbaugesellschaft, um die Sanierung von Schulgebäuden zu beschleunigen, haben wir Anfang 2026 die Weichen dafür gestellt. Daran arbeiten wir weiter und setzen weiterhin ambitionierte Ziele, damit kommende Generationen spüren, welche Bedeutung sie für uns haben. Die Sanierungen der IGS Roderbruch, IGS Vahrenheide und der Käthe-Kollwitz-Schule werden von uns priorisiert. Jedes Jahr sollen mind. 5 Millionen eingebracht werden.
- Wir realisieren eine Hitze- und Sonnenschutzinitiative für alle Bildungseinrichtungen, analog dem Modell „50 helle Orte“ starten wir in einem Bewerbungsverfahren gleich zu Beginn und statten 20 Kitas und Schulen damit aus.
- Der Ausbau von Ganztagesbetreuung für Grundschüler:innen wird im Augenblick in verschiedenen Modellen, die oft von den örtlichen Gegebenheiten abhängen, ausgebaut. Familien erleben derzeit noch in vielen Schulen, dass der Ganzttag und die Unterrichtszeit nicht ideal miteinander verwoben sind. Dies muss in Lösungswegen für jeden Standort passgenau überwunden werden.
 - Lesen und Rechnen üben sowie die Erledigung von Hausaufgaben kann nicht noch nach 17 Uhr zur Aufgabe der Familien gehören. Lachen, spielen, gut essen, entspannen und lernen müssen im Ganzttag zusammengeführt werden. So wird der Bildungserfolg weniger abhängig vom Elternhaus.
 - Es soll keine Unterschiede zwischen der Personalausstattung in der Betreuung in Ganzttagsschulen und im Angebot im Rahmen der „GanztagsBrückeHannover“ geben. Der Fachkräfteschlüssel darf in keinem der Angebote aufgeweicht werden. Übungsleiter aus dem Sportverein sind nicht mit pädagogischen Fachkräften gleichzusetzen.
 - Wir möchten auch Ganztagsbetreuung bei freien Trägern mit dazu denken z. B. durch Kooperationen mit z. B. Sportvereinen oder anderen Vereinsträgern.
 - Klassenassistenzen und interkulturelle Bildungsassistenzen datenbasiert dort einsetzen, wo Kinder und Familien sie brauchen, u. a. an den Grundschulen.
- Die Ausstattung von Schüler:innen, Lehrkräften und den Schulverwaltungen mit digitalen Endgeräten ist kein einmaliger Kraftakt, sondern eine Daueraufgabe, die wir uns vor dem Hintergrund von Resilienz-Anforderungen und hohen Anforderungen an Datenschutz kontinuierlich stellen. Die Schüler:innen sollen nicht nur lernen, mit digitalen Endgeräten

1 und den zugehörigen Programmen umzugehen, sondern sie sollen umfassende Medien-
2 kompetenz für einen mündigen Umgang mit sämtlichen Instrumenten erwerben ab ei-
3 nem Mindestalter von 14 Jahren. Hier unterstützen wir die Initiative des Landes Nieder-
4 sachsens. Davor soll es ein behutsames „Rantasten“ geben. Angebote zu digitaler Medi-
5 enkompetenz, Social Media und digitaler Sicherheit für Jugendliche wollen wir ausbauen
6 und in Stadtteilzentren und Jugendtreffs anbieten.

- 7 • Ganztags muss nicht ausschließlich in der Schule sein. Hier können wir in Abstimmung
8 freie Träger involvieren. Wir belohnen Träger, die bei nicht dauerhafter Nutzung ihrer
9 Räumlichkeiten mit anderen Trägern kooperieren, indem sie z. B. die vorhandenen ge-
10 meinsam Räume intelligent nutzen.
- 11 • Entwicklung eines durchgängigen kommunalen Bildungs- und Übergangskonzepts von
12 der frühen Bildung bis zum Berufseinstieg, damit Bildungsbiografien in Hannover besser
13 ineinandergreifen. Jede Kita/ Grundschule soll angeregt werden, für einen besseren
14 Übergang Kooperationen zu schaffen mit Grundschulen/weiterführenden Schulen (Ko-
15 operationen zwischen den Trägern/Einrichtungen).
- 16 • Prüfung, wie Abschlussschritte und sozialer Abstieg im Schulsystem besser vermieden und
17 Bildungsabschlüsse verlässlicher erreicht werden können.
- 18 • Wir entwickeln die Schullandschaft in der Landeshauptstadt weiter. Ober- und Real-
19 schulen entwickeln sich weiter zu Gesamtschulen, die besonders in ihre Stadtteile
20 wirken. So entsteht ein Zwei-Säulen-System von Gesamtschulen und Gymnasien, in
21 dem Schüler:innen mehr Chancengleichheit erfahren.
- 22 • Demokratiebildung ist eine Querschnittsaufgabe aller Bildungseinrichtungen der Lan-
23 deshauptstadt. Jede Generation muss neu lernen und einüben, was Demokratie ist
24 und wie wichtig sie für alle ist. Wir sind verantwortlich dafür, dass dies in der Kita, der
25 Grundschule und an der weiterführenden Schule jeweils altersgemäß erprobt statt
26 nur gepredigt wird. Gleichzeitig müssen alle Bildungseinrichtungen vor dem Zugriff
27 antidemokratischer Akteure bewahrt werden. Außerschulische Lernorte wie das Zeit-
28 centrum Zivilcourage und das Medienzentrum sind wichtige Bausteine der Demokra-
29 tiebildung.
- 30 • Bildung und Sensibilität beim Thema Vielfalt in jeglicher Dimension sind uns wichtig:
31 Das betrifft die Arbeit gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Sexismus und-
32 Homophobie. Diese Arbeit sollte schon früh ansetzen. Auch Geschlechterstereotype
33 sollten in der Kinder- und Jugendarbeit und in Bildungseinrichtungen nicht reprodu-
34 ziert werden.
- 35 • Schulhöfe, Schulsportplätze sowie auch Schulgebäude mit Turnhallen und Aulen und
36 weiteren Räumen sind Ressourcen für unsere Stadtgesellschaft, die auch außerhalb
37 von Unterrichtszeiten, am Wochenende und in Ferienzeiten genutzt werden sollen.
38 Vereine und Initiativen sollen durch die Verwendung von modernen Schließsystemen

1 unabhängig von Hausmeisterdienstzeiten Zugang zu bestimmten Räumen wie Turn-
2 hallen erhalten können. So können die Nutzungszeiten für Aktivitäten von Vereinen
3 und Initiativen optimiert werden. Das wird sowohl Sportvereinen als auch Jugendver-
4 bänden für den bewährten Mitternachtssport zugutekommen. Auch Kulturveranstal-
5 tungen könnten hier dringend benötigte Bühnen in den Stadtteilen finden. Bei Schul-
6 neubauten sollen Schulen, freie Träger und Vereine für die Raumnutzung zusammen-
7 gedacht werden.

- 8 • Für Eltern soll verstärkt die Möglichkeit bestehen, bei freien Trägern z. B. für private
9 für Kindergeburtstagsfeiern etc. Räume anzumieten, in den das Inventar für einen
10 kleinen Obolus verwendet werden kann.
- 11 • Stärkere Begleitung des Übergangs von Schule in Ausbildung und Beruf, etwa durch
12 Lotsen- und Beratungsstrukturen, auch in Kooperation z. B. mit dem JobCenter und
13 durch Lotsensysteme.

14 15 **Gesundheit & Ernährung**

- 16 • Wir haben in diesem Jahr die Weichen für ein kostenfreies und gesundes Mittagessen
17 an Grundschulen gestellt. Das Mittagessen ist ein zentraler Bestandteil von Chancen-
18 gerechtigkeit – jedes der rund 20.000 Grundschulkinder soll unbürokratisch ein war-
19 mes Mittagessen erhalten.
- 20 • Dazu werden wir mit der Region und dem Bund Gespräche dazu führen, wie die Bil-
21 dungs- und Teilhabemittel künftig unbürokratischer bereitgestellt werden können.
22 Dies ist ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einem vollständig kostenfreien
23 Mittagessen für alle Grundschulkinder. Wir wollen in Hannover einen Solidaritäts-
24 fonds für unsere Schulen einführen. Ziel ist es, alle Kinder besser zu unterstützen und
25 die Chancen gerechter zu verteilen. Die Stadt entlastet Familien bei den Kosten für
26 das Schulmittagessen deutlich. Statt bisher rund 800 Euro im Jahr zahlen Eltern künf-
27 tig nur noch etwa 400 Euro. Unser Vorschlag: Eltern, die es sich leisten können, spen-
28 den freiwillig einen Teil dieser Ersparnis in den Solidaritätsfonds. Dafür erhalten sie
29 selbstverständlich eine Spendenquittung. Die eingezahlten Mittel werden fair aufge-
30 teilt: 50 Prozent fließen in einen stadtweiten Fonds, 50 Prozent direkt an die Schulen
31 der spendenden Eltern. So profitieren alle – und gleichzeitig wird das Engagement
32 vor Ort gestärkt. Mit dem Geld können Schulen unbürokratisch wichtige Projekte fi-
33 nanzieren: neue Spiel- und Sportgeräte, Musikinstrumente, moderne Lernräume
34 oder die Sanierung von Sporthallen. Die Entscheidungen treffen vor Ort die Förder-
35 vereine sowie ein unabhängiger, ehrenamtlicher Beirat aus Eltern, Schüler:innen und
36 Vertreter:innen des öffentlichen Lebens. Der Fonds arbeitet bewusst schlank: Min-
37 destens 98 Prozent der Mittel kommen direkt bei den Kindern an. Verwaltungskosten
38 werden auf ein Minimum begrenzt. In Hannover lernen rund 60.000 Schülerinnen

1 und Schüler. Dies gilt zunächst für die 20.000 Grundschülerinnen und -schüler und ist
2 ein Zwischenschritt zum komplett kostenlosen Mittagessen. Wenn nur ein Teil der
3 Familien mitmacht, kann so jedes Jahr ein Millionenbetrag für bessere Bildung und
4 mehr Chancengleichheit entstehen. Unser Ziel ist klar: Starke Schultern helfen mit –
5 damit alle Kinder in Hannover die besten Chancen bekommen.

7 **Mobilität & Teilhabe**

- 8 • Der Stadtschüler:innenrat fordert die Abschaffung der 2-km-Grenze für Schülerti-
9 ckets. Wir unterstützen diese Forderung. Die Kosten sollen schrittweise reduziert
10 werden.
 - 11 ○ Im ersten Schritt sollen die Kosten von 18 Euro auf 15 Euro sinken
 - 12 ○ Im zweiten Schritt soll auch die SEK II involviert werden
 - 13 ○ Im dritten Schritt soll der ÖPNV langfristig für Schülerinnen und Schüler kos-
14 tenlos sein
- 15 • Schulbezirks- und Schulwegplanung weiterhin so ausrichten, dass Kinder möglichst
16 keine Hauptverkehrsstraßen oder Schienenquerungen bewältigen müssen. Schulstra-
17 ßen einrichten und Schulwege sollen noch sicherer werden, z. B. durch bessere Be-
18 leuchtung. Schulen sollen gemeinsam mit Eltern-Initiativen und Familienzentren ei-
19 nen Plan überlegen, welche Punkte verbessert werden können, z. B. durch Schulstra-
20 ßen.
- 21 • Wichtig ist uns der Ausbau von Freizeitangeboten für Familien und Alleinerziehende.
22 Wir möchten Strukturen schaffen, die es Alleinerziehenden in der LHH ermöglichen,
23 an familien- und alleinerziehenden Freizeiten teilzunehmen.
- 24 • Die FerienCard ist ein großer Erfolg. Der freie Eintritt in Schwimmbäder für Inha-
25 ber:innen der FerienCard in den Sommerferien ist für viele Kinder und Jugendliche
26 wichtig. Zukünftig soll der Pass auch für Museen gelten.

27 **Chancengleichheit & Integration**

- 28 • Mit der Einführung des kommunalen Sozialindex haben wir den Grundstein dafür
29 gelegt, Schulen mit besonderen Herausforderungen zu stärken. Die Datengrundlage
30 dafür, die zur Verfügung stehenden Ressourcen sinnvoll verteilen zu können, so dass
31 wir dort mehr investieren, wo mehr gebraucht wird, wird stetig erweitert. Hierfür
32 werden wir in den kommenden Jahren Mittel ausweisen bzw. die Ausgaben bedarfs-
33 basiert verstetigen, die über diesen Schlüssel an die Schulen gehen.
- 34 • Die Anwendung von Sozialindizes zur Ressourcensteuerung soll auch auf Kindertages-
35 einrichtungen angewendet werden, um dort zu investieren, wo mehr Aufwand nötig
36 ist. Wir machen den Übergang zur Erschwernis-Kita leichter.

- Für die frühkindliche Sprachförderung in Kitas und der Schule und auch für die Schaffung von integrativen Kitaplätzen fehlt es an Fachkräften.
 - Daher wollen wir dafür sorgen, dass es für die Zeit, die Fachkräfte in ihrer Weiterbildung sind, Geld für Vertretungskräfte gibt und die Fortbildungen finanziert werden.
 - Die Stadt Hannover soll in der VHS die Zusatzqualifizierung für DAZ-Förderung anbieten, damit wir mehr Fachkräfte für diese wichtige Arbeit zur Verfügung haben.
 - Die Finanzierung dieser Arbeit ist Sache des Landes. Wir werden uns gemeinsamen mit allen Kommunen in Niedersachsen dafür einsetzen, dass das Land diese Arbeit auskömmlich fördert, damit kein Kind zurückbleibt.
- Wir haben den „Hannover-Fonds“ erfolgreich gestartet und seine Wirksamkeit für Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut. Er arbeitet so erfolgreich, dass andere Stiftungen ihm Mittel zu stiften, um seine erfolgreiche Arbeit zu stärken. Wir wollen ihn noch bekannter machen, damit mehr Personen und Organisationen sich finanziell an diesem guten Instrument beteiligen.

Freizeit, Bewegung & Sport

- Durch die Änderungen in den Nutzungszeiten für Sporthallen soll der bewährte Miternachtssport wieder flächendeckend durchgeführt werden können.
- Alle sollen Basketball- und Bolzplätze bis 22 Uhr nutzen können. Wir streben die Herausnahme der Basketball- und Bolzplätze aus der Spielplatz-Satzung an, um die Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. In jedem Stadtteil soll es ein Basketballfeld geben.
- Es wird alles darangesetzt, die Bäder im Sommer in jedem Fall für die Menschen geöffnet zu halten, sofern sie nicht saniert werden.
- Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder schwimmen, lernen können. Dafür wollen wir uns weiterhin in Kooperation mit der Region Hannover für bedarfsgerechte Schwimmflächen und verlässliche Schwimmförderung einsetzen.
- Wir erhalten die Angebote für Frauenschwimmzeiten und Schwimmzeiten für non-binäre, inter- und trans-Personen. Das sind safe spaces (sichere Orte), die uns wichtig sind.
- Das Sommercamp der Landeshauptstadt in Otterndorf ist für viele Bürgerinnen und Bürger in Hannover ein Ort, mit dem sie schöne und wichtige Erinnerungen verbinden. Diesen besonderen Ort für die kommenden Generationen attraktiv zu halten ist

1 uns ein wichtiges Anliegen. Wir haben für die Sanierung der Mehrzweckhalle im Som-
2 mercamp festgelegt, dass die nötigen Mittel im Doppelhaushalt 2027/2028 einge-
3 plant werden müssen.

- 4 • Spielen darf kein Privileg sein: Deshalb setzen wir uns für die Verbesserung der Spiel-
5 platzsituation ein: In jedem Stadtbezirk soll es mindestens einen barrierefreien Spielplatz
6 mit entsprechenden Spielgeräten geben. Auch für Krippenkinder muss es ausreichend
7 Spielgelegenheiten geben.
- 8 • Auch für Jugendliche muss es ausreichend Bewegungsorte und Orte der Gemeinschaft
9 geben - beispielsweise zum Skaten. Wichtig ist hier auch, dass die Bedürfnisse aller Ge-
10 schlechter mitgedacht werden (Angebote auch für Mädchen oder queere Jugendliche;
11 „all gender“-Umkleidekabinen bei Sportstätten).

13 Freizeit und Jugendarbeit

- 14 • Die Stadt ist ebenfalls ein Raum für Kinder und Jugendliche und so soll die Stadtplanung
15 auch gedacht werden. Kinder und Jugendliche sollen stadtweit genügend Bereiche ha-
16 ben, in denen sie selbst entscheiden und Souveränität für ihren Alltag haben können. Zu-
17 sätzlich zu einer bedarfsgerechten und inklusiven und gendergerechten Ausstattung an
18 Jugendeinrichtungen in der ganzen Stadt sollen POP-UP-Jugendangebote zur Stärkung
19 sozialer Teilhabe beitragen.
- 20 • Wir schätzen und schützen die Vielfalt der Träger der Kinder- und Jugendarbeit in
21 Hannover.
 - 22 ○ Alle Kinder und Jugendlichen sollen Zugang zu Einrichtungen der Kinder- und
23 Jugendarbeit haben: Dafür sollen alle Einrichtungen möglichst barrierefrei
24 und inklusiv gestaltet werden. Die zu diesem Zweck erforderlichen finanziel-
25 len Mittel wollen und müssen wir zur Verfügung stellen. Wichtig ist auch, dass
26 die Jugendeinrichtungen in ihren Quartieren jeweils gut (mit ÖPNV) zu errei-
27 chen sind. Eine gute Ausleuchtung der Strecken gehört zur Erreichbarkeit
28 dazu.
- 29 • Die in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden erarbeitete und in den Ratsgremien
30 inzwischen verabschiedete Qualitätsrichtlinie ist uns ein Ansporn, die Einrichtungen in
31 der Landeshauptstadt so auszustatten, dass sie in diese Qualität hineinwachsen. Sie ist
32 keine Grundlage dafür, Einrichtungen zu schließen, die noch nicht über diese Ausstattung
33 verfügen.
- 34 • Bedarfsgerechte Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit durch Streetwork. Wir schaffen
35 diesbezüglich mindestens fünf neue Stellen in Hannover.

- Queere Jugendarbeit, inklusive Familienpolitik, queer-sensible Bildungs- und Kulturangebote mit queerer Perspektive machen wir zu selbstverständlichen Bestandteilen regionaler Infrastruktur. Wir setzen uns für den Ausbau queerer Jugend- und Beratungsangebote, für Antidiskriminierungsarbeit an Schulen und im Sport sowie für die Sichtbarkeit queerer Geschichte und Kultur in den Einrichtungen der Region ein. Auch Anti-Mobbing-Angebote erscheinen wichtig, insbesondere wegen der Verbreitung von Mobbinginhalten über Social Media.

Engagement, Beteiligung & Demokratie

- Wir freuen uns sehr, dass wir die Satzung des Jugendparlamentes, das nun bald gewählt werden wird, bereits beschließen konnten. Die gewählten Vertreter:innen werden in den Ausschüssen des Rates vertreten sein und so zu den Entscheidungen der Ratsgremien Stellung nehmen können.
 - Verbindliche Beteiligung des Seniorenbeirats, des Jugendparlaments, der Fachstellen für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie des Inklusionsbeirats an stadtgestalterischen Themen
 - Stärkung und Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen bei politischen Fragen, die für alle Generationen relevant sind

Wohnen & Generationen

- Bezahlbares Wohnen für alle Menschen, egal ob jung oder alt, ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt. Wir legen Programme auf u. a. für Alleinerziehende, junge Menschen und Senior*innen.
 - Schaffung von Azubi-Wohnheim(en) mit Wohneinheiten für 380 Euro warm pro Monat. Die Finanzierung soll in Kooperation mit Ausbildungsunternehmen und Investoren geplant werden.
 - Auch Menschen, die auf dem zweiten Bildungsweg ihr Abitur nachholen und wenig Geld haben, sollen Zugang zu günstigem Wohnraum erhalten.
 - Wir wollen bezahlbares altersgerechtes Wohnen in den gewohnten Quartieren u. a. durch eine gesteuerte Quartiersentwicklung und eine bessere Barrierefreiheit, etwa durch ein Förderprogramm für den nachträglichen Einbau von Aufzügen bzw. Treppenliften in Bestandsgebäuden sicherstellen. Dies dient auch der Erschließung von Wohnraumreserven im Dachgeschoss. Dafür setzen wir einen Fördertopf mit 500.000 Euro für die Bezuschussung für den Einbau von Fahrstühlen auf. Die maximal Fördersumme entspricht 20 Prozent der Umbaukosten und maximal 20.000€

- Wir setzen uns dafür ein, den quartiersnahen und bezahlbaren Wohnungstausch gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft auszubauen. So wollen wir Familien den Zugang zu größerem Wohnraum erleichtern und älteren Menschen den Umzug in kleinere, barrierearme Wohnungen im vertrauten Umfeld ermöglichen. Damit schaffen wir mehr passgenauen Wohnraum, stärken den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und nutzen den vorhandenen Wohnungsbestand effizienter. Wir werden nach Hamburger Vorbild die Einführung einer Sozialen Erhaltungssatzung für von Gentrifizierung besonders betroffene Gebiete prüfen.
- Wir sorgen für schnelle Vermittlung von Wohnraum insbesondere auch für von Gewalt betroffenen Frauen mit ihren Kindern, die bisher noch Frauenhäusern verbleiben, obwohl sie gern wieder eigenständig wohnen wollen, aber keine bezahlbare Wohnung finden in Kooperation mit hanova.
- Wir führen die geförderte Miete von 9 Euro pro Quadratmeter ein.
- Wir wollen die Hochbau-Satzung überarbeiten: Bauen in die Höhe (mehrstöckige Gebäude) soll einfacher werden, insbesondere bei der angespannten Wohnungsmarktlage. Dies soll für Bestands- als auch Neubauten gelten und dem jeweiligen Charme des Stadtbezirks entsprechen. Hannover bekennt sich zur Großstadt.
- Wir stärken das Eigenkapital von Hanova mit 50 Millionen Euro für mehr aktives Flächenmanagement, Belegrechte, mehr Eigenbau und Kauf von Immobilien für Privathaushalte und Gewerbe. Dadurch könnte hanova für 250 Millionen Euro am Markt aktiv werden.
- Wir schaffen eine Task-Force Umnutzung von leerstehenden Büroimmobilien, diese besteht aus Investoren, Mieterverbänden, Verwaltung und Wohnungsgenossenschaften. Ziel ist die einfache und vor allem kostengünstige Umnutzung von Gewerbe- zu Wohnimmobilien.
- Wir stellen 600 Mio. Euro für den Bau von Infrastruktur für die Hochbaugesellschaft zur Verfügung, z. B. für den Bau von Schulen.
- Bauen muss einfacher werden, damit es wieder günstiger wird. Mit einem neuen „Hannover-Standard“ wollen wir Planen und Bauen pragmatischer machen und Verfahren beschleunigen, um auch bei hohen Baukosten mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Den Bau-Turbo werden wir dafür konsequent nutzen. Die Verwaltung soll alle Möglichkeiten erhalten, diesen anzuwenden. Wo dies im Einzelfall nicht erfolgt, muss nachvollziehbar begründet werden, warum die Anwendung nicht möglich war. Wir haben die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung erfolgreich vorangebracht, um Wohnraum besser zu schützen und den Wohnungsmarkt zu erhalten. Die Rückführung zweckentfremdeter Wohnungen ist erheblich günstiger als der Bau neuer Wohnungen und daher ist dies ein wichtiges Instrument. Die Verwaltung muss

1 die Ressourcen erhalten, damit die Satzung konsequent überwacht und durchgesetzt
2 werden kann. Rechtswidrige und ganzjährige buchbare Angebote im Internet müssen
3 aktiv kontrolliert und verfolgt werden.

- 4 • Genossenschaftliches und gemeinnütziges Wohnen werden als wirtschafts- und sozi-
5 alpolitisches Instrument fördern. Das hat für uns zukünftig Priorität.
- 6 • Belegrechtsbindungen sind zu verlängern.

8 **2 Sicherheit – ein sicheres und lebenswertes Hannover**

9 **Sicherheit ist mehr als Polizei: Es geht um das Zusammenspiel von öffentlicher und persönli-**
10 **cher Sicherheit! Ordnung & Sauberkeit, Prävention, soziale Sicherheit und Zusammenhalt**
11 **in lebenswerten Quartieren.**

13 **Öffentliche Sicherheit**

14 **Sicherheit aus einer Hand – für eine verlässliche und lebenswerte Innenstadt**

- 15 • Hannover soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen sicher fühlen können – zu je-
16 der Tages- und Nachtzeit. Dafür setzen wir auf klare, pragmatische Regeln und eine
17 konsequente Zusammenarbeit aller Sicherheitsakteure. Wir wollen sichere Orte
18 schaffen und die Präsenz im öffentlichen Raum stärken. Dazu gehört auch die Koope-
19 ration mit Einrichtungen, die rund um die Uhr geöffnet haben, wie etwa große
20 Fast-Food-Ketten, um Anlaufpunkte und soziale Kontrolle zu verbessern.
- 21 • Hannover ist unsere gute Stube. Wir gehen mit unserem „Wohnzimmer“ sorgsam um
22 und erwarten das auch von allen, die es nutzen. Wir verstetigen die Mittel für die
23 Ordnungsdienste und setzen weiter auf die Waffenverbotszonen in Kooperation mit
24 Videoüberwachung

25 **Für Hannover. Für uns. – Bevölkerungsschutz und Erste Hilfe stärken**

- 26 • Eine resiliente Stadt braucht Bürger:innen, die im Notfall helfen können. Deshalb
27 wollen wir die Erste-Hilfe-Ausbildung deutlich ausbauen und um moderne Selbst-
28 schutzzinhalte ergänzen. (Forderung: 50 Prozent der Menschen sollen Ersthelfer sein
29 können). Gleichzeitig stärken wir die Infrastruktur im öffentlichen Raum – durch
30 mehr AED-Geräte und gut sichtbare First-Aid-Points in einer festgelegten Entfernung
31 in Abstimmung mit den beteiligten Akteuren.
- 32 • Die Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz leisten einen unverzichtbaren Beitrag
33 für die Sicherheit unserer Stadt. Wir wollen ihre Arbeit verlässlich unterstützen und
34 setzen uns dafür ein, dass sie künftig mindestens 2 Euro pro Einwohner:in für die Vor-
35 haltung ihrer Einheiten erhalten.

- Um schnelle Orientierung im Notfall zu ermöglichen, treiben wir zudem den Ausbau der Notrufstandort-Matrix an Straßenlaternen voran. So können Einsatzkräfte schneller finden, wo Hilfe benötigt wird.

Sichere und saubere öffentliche Räume & Beleuchtung

- Gezielte Verbesserung der Beleuchtungssituation in unsicheren Bereichen. Durch gute Stadtplanung sorgen wir dafür, dass Angsträume gar nicht erst entstehen können. Dabei denken wir auch die Bedarfe von Sexarbeitenden mit, die auch in Abendstunden Zugang zu Sanitäreinrichtungen und am späten Vormittag Zugang zu Not-schlafstellen benötigen. Wir schaffen in Zusammenarbeit mit den BZR 100 helle Orte in der gesamten Stadt.
- Das rücksichtslose Abstellen von E-Scootern mit unabsehbaren Folgen gerade für sehbeeinträchtigte Menschen ist konsequent zu unterbinden. Wir errichten feste Parkzonen und schaffen eine Satzung für das gesamte Stadtgebiet. Diese soll auch für Leih-Fahrräder gelten.
- Wir setzen uns für wirksame Maßnahmen gegen Vermüllung und bei entsprechenden Ordnungsverstößen ein.
 - o Dazu soll die Müll-Melde-App ausgebaut werden.
 - o Wir werden ausreichend Müllentsorgungsmöglichkeiten errichten.
 - o Brauchen ein neues und besseres Müllkonzept in Abstimmung mit den Bezirksräten. Jeder BZR hat die Möglichkeit, zehn Plätze zu benennen.
 - o Konsequenter Schutz von Spielplätzen vor Vermüllung und gefährlichen Drogenverstecken.
- Saubere und auch zu späterer Uhrzeit zugängliche Toiletten sind gerade für die Sicherheit von Frauen in Abendstunden besonders wichtig. Das Konzept „nette Toilette“ muss weiter gestärkt werden und die Schließzeiten von öffentlichen Toiletten geprüft werden. Alle 500 Meter muss sich eine öffentliche Toilette inkl. Beschilderung in der City befinden in Kombination mit den BZR, die weitere Orte benennen. An nostalgischen Punkten auf häufiger.

Präsenz & Prävention

- Verbesserte Präsenz des Ordnungsdienstes in relevanten Bereichen, insbesondere in den Abendstunden, vor allem an den Wochenenden verstetigen wir den Ordnungsdienst bis 03:00 Uhr.

- Regelmäßige Reinigung öffentlicher Räume als Sicherheitsfaktor (saubere, helle und einsehbare Räume), sichere Räume für Frauen und queere Menschen, stärkere Präsenz rund um den Hauptbahnhof und am Steintor.
- Beratungsstellen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind, werden ebenso weiter unterstützt wie Kooperationsprojekte mit Polizei, Justiz und Beratungsnetzwerken zur Stärkung der Prävention von Frauen und Männer, die von Gewalt betroffen sind.
- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention ein, bauen Frauenhausstrukturen weiter aus und Monitoren die Bedarfe von Frauenhausplätzen so rechtzeitig, dass der ab 2032 bestehende Anspruch auf Frauenhausplatz in der Praxis umgesetzt werden kann. Wir bauen in der LHH ein offenes Frauenhaus nach dem Modell des Oranje Huis in den Niederlanden. Konkreter Baustein zur Umsetzung der Istanbul Konvention.
- Wir bauen auf bestehendes Engagement – Unterstützung des CSD Hannover, von SCHLAU e. V., dem Andersraum, des Jugendzentrums QueerUnity und die geplante Erklärung der Region als Freiheitsraum für LGBTIQ+-Personen („Freedom Zone“)– und entwickeln es zu einer umfassenden Sichtbarkeitsstrategie weiter. Dazu gehören Kampagnen im öffentlichen Raum, der Ausbau sicherer Orte und Beratungsangebote sowie die konsequente Berücksichtigung von Queerfeindlichkeit in Präventions- und Sicherheitskonzepten der Region.
- Gezielte Präventionsangebote gegen Betrugsriminalität an älteren Menschen (z. B. Enkeltrick/Haustürbetrug) in Zusammenarbeit mit der Polizei. Die guten Beratungsmöglichkeiten der Beratungen der Polizei in den Bezirken bekannt machen durch Vereine, freie Träger etc.

Soziale Sicherheit und Zusammenhalt

Lebenswert älter werden im Quartier:

- Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch Beratung und Information verbessern
- Ehrenamtliche Begleitdienste in den Quartieren ausbauen
- Wir unterstützen die Umsetzung des § 71 XI i als Teilhabevorschrift in der Altenhilfe
- Mit der Einrichtung digitaler Kompetenzzentren etwa mit dem Digitalkiosk und Angebote in den Stadtteilzentren werden wir die digitale Kompetenz neben den bestehenden Angeboten des kommunalen Seniorendienstes fördern.
- Sozialraumorientierte Ausrichtung der Seniorenarbeit

Quartierszentren weiter ausbauen

- Quartierszentren stellen eine gute Lösung für ein verbessertes Angebot für Ältere und deren Angehörige vor Ort dar. Daher werden wir die Quartierszentren-Idee durch eine Verstetigung der Finanzierung unterstützen. Wir fördern explizit die Zusammenarbeit zwischen Senioren- und Jugendträger, so dass sie dieselben Einrichtungen zu unterschiedlichen Zeiten genutzt werden können, z. B. Kirchentreff Hannover und Jugendtreff Vahrenwald.
- Wir werden weitere Quartierszentren in den Quartieren einrichten.

Hannover fit machen für den demografischen Wandel

- Ältere Menschen möchten, solange es möglich ist, selbstbestimmt im eigenen Quartier wohnen bleiben. Angesichts des absehbaren demografischen Wandels müssen hierfür aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden, Wohnortnahe Angebote und ein ausreichendes, verlässliches Angebot ambulanter Pflege sind hierfür unerlässlich. Jeder Stadtteil soll mindestens eines dieser Angebote haben, welches von der Stadt finanziert wird. Zudem sorgen wir dafür, die Angebote bekannt zu machen.
- Pflege: Perspektive 2030 – Wir setzen uns für eine vermehrte Ausbildung von Pflegekräften wie auch die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland ein – sowohl in der ambulanten wie in der stationären Pflege. Dieses unterstützen wir durch die Unterstützung der Beratung von Zugewanderten und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.
- „Investitionsprogramm Pflege“ – Wir werden den Bedarf, Kosten und Wirksamkeit eines kommunalen Investitionsprogramms Pflege prüfen und die notwendigen Schritte hierfür auf den Weg bringen.

Perspektiven für wohnungslose Menschen schaffen

- In der Innenstadt Hannover gibt es derzeit eine hohe Zahl an Wohnungs- und Obdachlosen. Ziel muss es sein, Menschen in Wohnraum und Arbeit zu bringen. Wir setzen uns für eine Verstetigung der dezentralen sozialen Hilfsangebote in betroffenen Quartieren ein.
- Wir verstetigen die Wohnungsangebote mit sozialer Begleitung in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft in Hannover ein.
- Das EU-Konzept zur Abschaffung Obdachlosigkeit 2030 muss zielgerichtet umgesetzt werden.
- Verstärkung von Wohnraumberatung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und Vernetzung weiterer Präventionsmaßnahmen; hierbei auch Zielgruppe der Frauen aus Frauenhäusern mitdenken

Soziale Teilhabe und Armutsbekämpfung

- Teilhabe ist kein verzichtbarer Luxus: Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau des „Hannover Aktiv-Passes“ ein.
- Nachbarschaftsarbeit und soziale wie kulturelle Angebote vor Ort sind unverzichtbar.

Inklusion und Teilhabe für Menschen mit Behinderung

- Barrierefreie Stadtplanung (z. B. ÖPNV, Behörden, Schulen)
- Aufbau von einem Parcours in Zusammenarbeit mit einem Träger (z. B. üstra), um das Fahren und die Bedienung etwa von E-Rollis und Rollatoren zu üben.

Suchthilfe

- Behandlungsmöglichkeiten und soziale Begleitung von Cracksüchtigen verbessern. Wir werden unterschiedliche Ansätze der Behandlung von Suchterkrankungen unterstützen und langfristige Lösungen befördern.
- Neuen Standort Stellwerk sicherstellen

Wohnen & Stadtentwicklung

- Wohnen: Baulücken schließen; Zweckentfremdung konsequent verhindern und sanktionieren; sozial geförderten Wohnungsbau massiv vorantreiben Summe für Hanova) und feste Quote für Neubauten. Wir stärken die Kontrolle von Mietangeboten großer Eigentümer:innen, um Mieter:innen zu schützen, und setzen uns für eine Deckelung der Fernwärmepreise ein. Bezahlbares Wohnen bleibt Grundlage sozialer Teilhabe in Hannover. Bezahlbarer Wohnraum durch nachhaltige Quartiersentwicklung. Barrierefreie Zugänge, Förderung genossenschaftlichen Wohnens; Schutz des Bestands durch Erhaltungssatzung.
- Wohnungsbau: Bezahlbaren Wohnraum sichern, Leerstände reduzieren, Zweckentfremdung verhindern, kommunales Leerstands-Management.
- Fernwärme und Baulücken schließen.

3 Arbeit & Wirtschaft – Gute Arbeit und eine starke Wirtschaft für Hannover

Wir denken Wirtschaft aus Sicht der Beschäftigten, der Unternehmen, der Wissenschaft und des Standortes. Gute Arbeit braucht eine innovative, sozial und ökologisch verantwortliche Wirtschaft – und eine Stadt, die investiert. Wir stärken die Attraktivität des Standorts Hannover gezielt, um Gewerbesteuererinnahmen nachhaltig zu entwickeln. Investitionen erfolgen entlang einer klaren Finanzierungslogik. Deshalb machen wir die wirtschaftliche Entwicklung zur Chefsache mit einer direkten Stelle im OB-Büro.

Die hannoversche Industrie, von der Chemischen Industrie über die Automobilindustrie bis zur Lebensmittelindustrie, bietet bis heute viele gute Arbeitsplätze, mit Tarifverträgen, die ein gutes Einkommen sichern und damit die Grundlage für ein gutes Leben vieler Familien in Hannover und im Umland sichern. Eine starke Wirtschaft braucht gute Infrastruktur, moderne Verwaltung, innovative Unternehmen und qualifizierte Fachkräfte.

Es ist daher unser erklärtes Ziel, die Arbeitsplätze in der Industrie langfristig zu sichern, Perspektiven für diejenigen zu bieten, die vom Transformationsprozess betroffen sind und somit ein positives Bild des Industriestandortes Hannover zu zeichnen.

Unsere Vorhaben für gute Arbeit und eine starke Wirtschaft

1. Die Landeshauptstadt als Vorbild

- Stärkung von Tariftreue und Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen und sozialer Absicherung bei wirtschaftlichem Wandel und Transformation - auch bei stadtnahen Betrieben und Beteiligungen.
- Nutzung des Tariftreue- und Vergabegesetzes bei Ausschreibungen der Stadt.
- Stärkere Berücksichtigung und Ausnutzung des Spielraums der EU-Regularien bei lokalen und regionalen Unternehmen bei Vergaben.
- Verknüpfung von Wirtschaftsförderung mit fairen Arbeitsbedingungen.
- Einführung einer Großstadt- und Ballungsraumzulage sowie einer dauerhaften Jobticket-Regelung (Deutschlandticket) für städtische Beschäftigte mit Vorbildcharakter für andere Arbeitgeber.

2. Hannover als starker Wirtschaftsstandort

- Ein positives Bild von Hannover fördern. Die überregionale Wahrnehmung von Hannover ist deutlich ausbaufähig, deshalb versteigen wir die Mittel von HMTG und setzen auf eine breit angelegte Image Kampagne für den gesamten Standort. Wenn die Hannoveranerinnen und Hannoveraner positiv über ihre Stadt sprechen, werden es bald alle tun, daher unterstützen wir alle Arten von Veranstaltungen oder Maßnahmen, die das Image von Hannover fördern.
- Neue industrielle Zukunftsbranchen in Hannover gezielt ansiedeln, durch eine Schaffung eines Topfes für Wirtschaftsförderung, dieser soll zukünftig bis zu 1 Mio. Euro pro Jahr umfassen.

- 1 • Geeignete Gewerbeflächen und bisherige Brachflächen für neue Industrien entwickeln,
2 gezielt ankaufen, verkaufen oder über eine Erbpachtlösung vermieten. Wir schaffen An-
3 reize und gemeinsame Vereinbarungen mit der Region, wenn Ansiedlung in der Stadt
4 Hannover nicht möglich ist. Wir bekennen uns damit zum Wirtschaftsstandort Region
5 Hannover.
- 6 • Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren innerhalb der Kommune, unser Ziel ist eine
7 maximal Bearbeitungsdauer von 6 Monaten.
- 8 • Städtische Häfen als wichtigen Partner des Wirtschaftsstandortes, zur Förderung von
9 nachhaltigen Transportketten und als industriellen Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb
10 langfristig finanzieren.
- 11 • Der geplante Anschluss der Landeshauptstadt an das Wasserstoffkernnetz ist ein weite-
12 rer Standortvorteil für energieintensive Industrien. Mit einer klaren strategischen Aus-
13 richtung, effektiven Projekten, einer starken Vernetzung sowie Forschungs- und Bil-
14 dungsaktivitäten kann Hannover langfristig zu einem Kompetenz- und Wertschöpfungs-
15 standort werden.
- 16 • Betriebsnachfolge-Beratungsstelle bei Hannover Impuls finanzieren – damit gute Be-
17 triebe nicht einfach verschwinden.
- 18 • Bürokratieabbau auf kommunaler Ebene und Digitalisierung der Verwaltung, wie z. B.
19 Umstellung auf vollständig digitale Antragsverfahren, kurzfristigere Beantragungsmög-
20 lichkeiten und Vereinheitlichung/Bündelung der Zuständigkeiten bei Vereinen und Un-
21 ternehmen in Antragsverfahren.
- 22 • Wirtschaftsrunde in Form regelmäßiger Gespräche mit den 50 größten Arbeitgebern der
23 Stadt und deren Mitarbeitervertretung

25 **3. Allianz der Chancen – Die Jobdrehscheibe für ganz Hannover**

26 Hannover steht vor großen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt: Digitalisierung, Auto-
27 matisierung und KI verändern viele Berufe – manche fallen weg, gleichzeitig entstehen
28 neue Chancen. Unser Ziel ist klar: Niemand soll in Hannover den Anschluss verlieren.
29 Gleichzeitig sollen Unternehmen die Fachkräfte finden, die sie brauchen.

30 Dafür stärken wir die Allianz der Chancen und bauen eine kommunale Jobdrehscheibe
31 auf. Sie verbindet Menschen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen besser miteinan-
32 der.

33 • **Unsere Ziele für Hannover:**

- 34 • Fachkräfte in der Stadt halten und neue gewinnen
- 35 • Arbeitsplätze sichern und Übergänge erleichtern

- Weiterbildung und Qualifizierung stärken
 - Junge Menschen für Hannover begeistern
 - Konkrete Maßnahmen: Die Jobdrehscheibe
- Kommunale Jobdrehscheibe aufbauen
 - Ein starkes Netzwerk zwischen Unternehmen, Schulen, Hochschulen, Arbeitsverwaltung und Beschäftigten
 - Schnelle Vermittlung bei Jobverlust oder Veränderungen im Betrieb
 - Frühzeitig neue Perspektiven schaffen
 - Unterstützung für Beschäftigte, wenn sich Arbeit verändert
 - Vermittlung in neue Jobs, bevor Arbeitslosigkeit entsteht
 - Stärkere Zusammenarbeit vor Ort
 - Enge Kooperation mit Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern und der Arbeitsagentur
 - Nutzung bestehender Angebote wie die Welcome Center von Region und IHK
 - Ausbildung, Studium und Fachkräfte sichern
 - Duale Studiengänge und praxisnahe Ausbildung ausbauen
 - Mehr Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Berufsschulen
 - Junge Menschen in Hannover halten, gute Perspektiven für Ausbildung, Studium und Beruf vor Ort schaffen
 - Internationale Fachkräfte gewinnen
 - Verfahren vereinfachen und Willkommensstrukturen stärken
 - Chancen für erfahrene Beschäftigte (50+)
 - Unterstützung bei körperlich belastenden Berufen oder Veränderungen im Job
 - Kostenübernahme mit dem Jobcenter für Umschulungen oder Weiterbildungen
 - Erfahrung nutzen, Unternehmen und erfahrene Fachkräfte gezielt zusammenbringen
- Unser Versprechen:**
- Wir lassen niemanden allein, wenn sich Arbeit verändert.
 - Wir schaffen neue Chancen statt Unsicherheit.
 - Wir machen Hannover zur Jobdrehscheibe der Zukunft.

4. Zukunftstechnologien und E-Mobilität voranbringen

- Hannover als Standort für E-Mobilität und neue Mobilitätsindustrien stärken. Ladeinfrastruktur für Elektromobilität weiter ausbauen Wir wollen, dass Hannover in Zusammenarbeit mit der energcity AG zur E-Mobilitätsstadt Nr. 1 in Deutschland wird. Dies bedeutet konkret: Wir haben von 2021 bis 2025 insgesamt 480 Ladestationen (= 960 Ladepunkte) im Rahmen der Konzession aufgebaut. In 2026 werden wir weitere 100 Ladesäulen (200 Ladepunkte) installieren. Damit spielt die Landeshauptstadt Hannover in der Champions League der deutschen Großstädte. Die Konzession läuft Ende 2026 aus. Wir schaffen den gleichen Anteil bis 2030 noch einmal.
- Projekte wie das neue Quartier EMIL können dazu beitragen, Hannovers urbane Qualitäten und damit auch die Attraktivität für junge Menschen zu steigern. Auch am Lindener Hafen können weitere Projekte wie die Hannover Docks entstehen und diesen traditionsreichen Standort neben einem Platz für Industrie zu einem Platz für Kreative machen.
- Landeshauptstadt und Region sollen Standorte von KI-Fabriken werden. In enger Kooperation mit der Leibniz-Universität wollen wir größere Rechenzentren bzw. KI-Fabriken in Hannover etablieren.

5. Fachkräfte sichern und Ausbildung stärken

- Wir schaffen ein Bildungsnetzwerk, dies soll einen Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf sowie Angebote der Transformationsqualifizierung in den Bereichen Digitalisierung, KI und Energiewende besonders ermöglichen.
- Schaffung von mindestens 500 Plätzen in Azubi-Wohnheimen für Auszubildende und Studierende für maximal 380€ warm pro Zimmer/pro Monat.
- Auch für die Entwicklung der Industrie ist angesichts der demografischen Entwicklung ein ausreichendes Fachkräftepotential ein wesentlicher Faktor. Mit einer starken Jugendberufsagentur und einer Erhöhung der lokalen Ausbildungsquote sollen mehr Fachkräfte für Hannover gewonnen werden. Mit dem geplanten neuen Berufsschulstandort in der Innenstadt gewinnt die duale Ausbildung zusätzliche Attraktivität. Gleichzeitig gilt es die Berufsschulen durch die Region Hannover mit einer angemessenen zeitgemäßen Lernausstattung und Infrastruktur zu versorgen.

6. Innovation, Start-ups und Wissenschaft fördern

- Die Wirtschaftsförderung und vor allem die gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft Hannover Impuls als zentralen Akteur weiter stärken und dauerhaft finanziell verlässlich ausstatten. Dabei ist Aufgabenkritik zwischen Wirtschaftsdezernat, Region Hannover und

Hannover Impuls notwendig, um Strukturen zu verschlanken und handlungsfähig zu bleiben.

- Start-ups und innovative Unternehmen gezielt fördern. Hierfür wollen wir die Technologie- und Innovationsstandorte im Stadtgebiet (weiter) entwickeln und die Rahmenbedingungen für Start-up-Gründungen und Start-up-Wachstum deutlich auszubauen – in engem Schulterschluss mit unserer Wirtschaftsfördergesellschaft Hannover Impuls.
- Aufbau eines Start Up Netzwerk und einem Kommunalen Fördertopf von 100 TSD Euro.

7. Stärkung des Messe-, Kongress- und Veranstaltungsstandortes

- Sicherung der Einnahmen aus der Beherbergungssteuer in Höhe jährlich von 3 Mio. Euro pro Jahr für das Standortmarketing und die Hannover Marketing und Tourismusgesellschaft (HMTG) als gezielte Investition in Sichtbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung für unsere Stadt. Perspektivisch möchten wir - sollten sich die Einnahmen aus der Beherbergungssteuer erhöhen – die Mittel für die Standortstärkung auf bis 5 Mio. Euro pro Jahr anheben.
- Mit einem Zukunftskonzept für Business Tourismus für den Messe- und Kongressstandort Hannover möchten wir die Deutsche Messe AG langfristig stärken und neu ausrichten. Dies umfasst ist auch das Hannover Congress Centrum, sowie die vielfältige Eventbranche.
- Gemeinsam mit der Region ist ein Tourismuskonzept für den Leisure Bereich für Hannover in Erarbeitung, dieses werden wir mit allen Beteiligten aus: Hotellerie, Veranstaltern und Eventdienstleistern bis 2030 umsetzen.

8. Innenstadt stärken

- Umsetzung des vom Rat beschlossenen Innenstadtkonzeptes mit rund 80 konkreten Einzelmaßnahmen.
- Leerstand ist kein Schicksal. Das neu geschaffene Innenstadtmanagement wird zu einer Agentur gegen Leerstand weiterentwickelt mit direkter Anbindung an das OB-Büro ein. Für schnelle Entscheidungen und koordiniertes Handeln mit allen wesentlichen Akteuren der Innenstadt. Wir sprechen persönlich mit Eigentümern, erfassen Leerstand systematisch, engagieren uns selbst in der Anmietung und entwickeln Schlüsselimmobilien gemeinsam weiter. Aktives Leerstandsmanagement führt zu einer stärkeren Durchmischung von Wohnen, Handel, Gastronomie und Kultur. Wir möchten den Nutzungsmix in der Innenstadt insgesamt stärken. Der aktuelle Ansatz des ehemaligen Kaufhof-Gebäudes an der Marktkirche kann dabei ebenso beispielgebend sein wie die Idee eines City-Campus unter Beteiligung der Leibniz Universität, der Hochschule Hannover, der MHH,

der Volkshochschule sowie der Kammern. Zusätzliches Ziel ist es Regularien deutlich abzubauen.

- Attraktivitätssteigerung der Innenstadt, auch durch kurzfristige Maßnahmen wie z. B. einem von uns initiierten Blumenmarkt am Platz der Weltausstellung oder die City Kirmes am Himmelfahrtswochenende.
- Wir wollen eine Innenstadt für Alle, die für Alle erreichbar ist und bleiben wird. Wir fordern daher keine autofreie, aber eine punktuell autoärmere Innenstadt, in der jedoch der Cityring in seiner Leistungsfähigkeit erhalten bleibt und die Innenstadt ein leistungsfähiges digitales Parkleitsystem erhält.
- Das Innenstadtmanagement möchten wir als zentrales Instrument und Akteur der Innenstadt verstetigen und gemeinsam mit der City-Gemeinschaft weiter ausbauen. Hierzu sollten alle wesentlichen Akteure der Innenstadt im neu zu schaffenden City Hub und somit in einem Gebäude gemeinsam wirken.
- Wirtschaft, Kunst, Kultur und soziale Einrichtungen verstehen wir als wesentliche Komponente der Stadtgesellschaft in der Innenstadt. Hier ist Hannover bereits gut aufgestellt, allerdings wollen wir auf Initiative und Organisation der Wirtschaftsverwaltung eine regelmäßige City-Runde (2x pro Jahr) als Austauschformat neu schaffen.
- Lister Meile als Bindeglied zwischen Innenstadt und Oststadt denken wir bei der Entwicklung unserer Innenstadt mit. Die Fußgängerzone muss in Abstimmung mit den ortsansässigen Gewerbetreibenden, Anliegern und der Aktion Lister Meile erfolgreich zu einer „echten“ Fußgängerzone entwickelt werden.

9. Handwerk und Mittelstand - das Rückgrat stärken

- Handwerksbeirat mit Stadt, Handwerkskammer und Kreishandwerkerschaft
- Umsetzung und Weiterentwicklung des „Zukunftsplan Handwerk Hannover“
- Park- und Ladeflächen für Handwerksbetriebe in jedem Stadtteil
- Digitale Genehmigungen sind unser Zukunftsstandard. Klar, einfach und transparent.
- Wirtschaftsbeirat mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften zur strategischen Planung

10. Lokale Wirtschaft und lebendige Stadtteile stärken

- Aktives Leerstandsmanagement und gezielte Unterstützung sowie bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen in den Stadtteilen schaffen, um Nahversorgung, Handwerk, Gastronomie und Dienstleistungen vor Ort zu sichern und den Nutzungsmix in den Quartieren zu erhalten bzw. zu stärken. Dabei sollen neue Nutzungen

für leerstehende Flächen durch Pop-Up-Konzepte und Kulturangebote realisiert werden. Für gezielte Maßnahmen werden wir einen Sondertopf in Höhe von 100.000 Euro auflegen.

- Stärkere Verzahnung von Kultur und Wirtschaft in den Quartieren: Stadtteilkultur, lokale Veranstaltungen und kreative Projekte beleben Nachbarschaften, schaffen Identifikation und erhöhen die Aufenthaltsqualität, dies sollen die Stadtbezirksmanger:innen direkt koordinieren.
- Kioskkultur erhalten als niedrigschwellige Trefforte der Stadtteilgemeinschaft, durch flexible Lösungen im Genehmigungsbereich.
- Unterstützung der Standortgemeinschaften und der lokalen Ökonomie in den Stadtteilen, insbesondere bei den gestiegenen Kosten für Veranstaltungen, Stadtteilfesten und Schützenfesten. Wir setzen uns gezielt für eine Förderung von Standortgemeinschaften ein, indem wir das von uns zum Haushalt 2025/2026 initiierte und beschlossene Sonderbudget für die Bezuschussung von Stadtteilfesten künftig von 50.000 auf 100.000 Euro anheben. Darüber hinaus sorgen wir für eine finanzielle Entlastung bei den Standortgemeinschaften, indem die Stadt Hannover auf unsere Initiative seit Ende 2025 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Stadtteilfeste, Quartiersmärkte und Schützenfeste verzichtet. Diese wichtigen Unterstützungsmaßnahmen für die lokalen Wirtschaftsstrukturen werden wir fortsetzen.

11. Hannover als Stadt der Märkte und Veranstaltungen

- Wir erhalten bestehende Märkte in unserer gesamten Stadt, indem wir alle Spielräume bis zur Gebührenfreiheit ausnutzen.
- Die SOLAWI-Initiativen (Solidarische Landwirtschaft) in Stadt und Umland sind zu begrüßen und das hier praktizierte Solidaritätsprinzip als Element einer familienfreundlichen Stadt weiterzuentwickeln, diese Initiativen bieten wir über Hannover.de eine Kommunikationsplattform.
- Wir stärken die zentralen Veranstaltungen unserer Stadt wie Maschseefest, Schützenfest, Frühlings- und Oktoberfest, die City-Kirmes sowie den Weihnachtsmarkt, indem wir ein Veranstaltungsbudget von 300 TSD € aufsetzen für überregional wirksame Veranstaltungen. Hierbei gilt es vor allem die gestiegenen Kosten für Sicherheitskonzepte und die gestiegenen Gebühren für die Weihnachtsmärkte in der Altstadt und auf der Lister Meile in den Blick zu nehmen. Den Weihnachtsmarkt möchten wir durch konkrete Maßnahmen als wichtigen touristischen Anziehungspunkt weiterentwickeln, in dem z. B. ein Riesenrad als besonderes Highlight auf dem Weihnachtsmarkt geschaffen und die Weihnachtsmarktpläche in der Altstadt perspektivisch erweitert wird.

4 Funktionierende Stadt – modern, sauber, verlässlich

Hannover braucht eine Stadtverwaltung, die funktioniert – digital, effizient und bürgernah. Unsere Vision ist eine Stadt, in der moderne Infrastruktur, saubere Quartiere und verlässliche Kommunikation spürbar zur Lebensqualität beitragen.

Verwaltung & Digitalisierung

Eine Verwaltung auf Augenhöhe – Digitalisierung als Demokratieprojekt Digitalisierung ist für uns kein technischer Selbstzweck und keine bloße Modernisierungsfassade, sondern das Fundament moderner Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert. Wir begreifen eine leistungsfähige, digitale Verwaltung als zentralen Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen und als unverzichtbares Schutzschild unserer Demokratie. Gerade in Zeiten des spürbaren Fachkräftemangels ist die konsequente Digitalisierung von Prozessen kein Luxus, sondern die Voraussetzung dafür, dass die Region Hannover ihr Leistungsversprechen gegenüber den Einwohner:innen auch in Zukunft einlösen kann. Für uns bedeutet Digitalisierung vor allem Teilhabe: Wir wollen eine Verwaltung, die bürokratische Barrieren abbaut, Sprachhürden überwindet und den Menschen ihre wertvollste Ressource zurückgibt – Zeit. Statt in Warteschlangen und Papierbergen verloren zu gehen, muss staatliches Handeln durch einfache Zugänge und schnelle Erledigung wieder direkt erlebbar und verlässlich werden. Wir gestalten den digitalen Wandel nach unseren Werten:

- Transparent, um staatliche Entscheidungen nachvollziehbar zu machen;
- Gerecht, um sicherzustellen, dass niemand durch digitale Hürden exkludiert wird.
- Sicher, um die Souveränität über die Daten unserer Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die nicht auf Anträge wartet, sondern so unterstützt, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates nachhaltig gestärkt wird.

Unsere Vorhaben 2026–2031:

- Service-Plattform Region Hannover – Einfach, schnell, zentral: Wir entwickeln unser Serviceportal zur zentralen „Service-Plattform Region Hannover“ weiter. Unser Ziel: Bis 2031 können 80 Prozent aller regionalen Dienstleistungen vollständig digital erledigt werden. Nach dem „Once-Only-Prinzip“ müssen Daten nur noch einmal eingegeben werden. Wir setzen konsequent auf Web-Lösungen und folgen der „Digitalen Dachmarke“ des Bundes, um den Zugang für alle Einwohner:innen – egal auf welchem Endgerät – so einfach wie möglich zu gestalten.

- 1 • Der „Digitale Soziallotse“ – Hilfe, die ankommt: Wir entwickeln einen KI-gestützten „Sozial-
- 2 allotsen“ für die Service-Plattform. Dieser führt die Menschen verständlich durch den Büro-
- 3 kratie-Dschungel und zeigt proaktiv auf, welche Leistungen (z. B. Wohngeld oder Bil-
- 4 dungs- und Teilhabepaket) ihnen zustehen. So sichern wir soziale Rechte auch ohne Be-
- 5 hördendeutsch und komplizierte Formularsuche.
- 6 • KI-Offensive für mehr Zeit zur Beratung: Wir nutzen Künstliche Intelligenz, um Routine-
- 7 aufgaben in der Verwaltung zu automatisieren. Das verkürzt die Bearbeitungszeiten für
- 8 die Einwohner*innen massiv und entlastet unsere Mitarbeitenden. Darüber hinaus kann
- 9 eine Mehrsprachigkeit über solche Tools angeboten werden. So gewinnen wir Zeit für
- 10 das Wesentliche: die persönliche Beratung in komplexen Lebenslagen.
- 11 • Modernes Fördermittelmanagement – Digital von der Beantragung bis zur Auszahlung:
- 12 Wir überführen die Vergabe von regionalen Fördermitteln in ein vollständig digitales Ma-
- 13 nagement-System, um den Zugang zu finanzieller Unterstützung für Vereine, Initiativen
- 14 und Unternehmen radikal zu vereinfachen.
- 15 o Durch schlanke, digitale Antragsstrecken und eine automatisierte Statusverfol-
- 16 gung reduzieren wir den bürokratischen Aufwand für die Antragstellenden und
- 17 beschleunigen die Auszahlung dringend benötigter Mittel. Intern nutzen wir digi-
- 18 tale Workflows, um die Prüfprozesse effizienter zu gestalten und eine transpa-
- 19 rente, revisionssichere Vergabe zu garantieren, die den administrativen Aufwand
- 20 in der Verwaltung spürbar senkt.
- 21 • Ehrliche Transparenz durch das Verwaltungs-Dashboard: Wir machen Verwaltungshan-
- 22 deln messbar. Ein öffentliches Dashboard zeigt tagesaktuell, wie und wo regionale Gel-
- 23 der für wichtige Projekte wie Klimaschutz, Sozialleistungen oder den Ausbau des ÖPNV
- 24 eingesetzt werden. Das schafft Vertrauen durch echte Nachvollziehbarkeit.
- 25 • Open Data – Daten als Gemeingut: Wir stellen nicht-sensible Daten, die der Verwaltung
- 26 vorliegen, als „Open Data“ der Allgemeinheit zur Verfügung. Damit fördern wir Innovati-
- 27 onen in Wirtschaft und Wissenschaft, unterstützen Start-ups in der Region und ermögli-
- 28 chen neue Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.
- 29 • Digitale Souveränität – Die Hoheit über unsere Daten: Wir sichern die Unabhängigkeit
- 30 unserer Verwaltung. Daher setzen wir uns für die Nutzung offener Schnittstellen und O-
- 31 pen-Source-Lösungen ein. Wir schützen die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwoh-
- 32 ner in regionalen Rechenzentren und machen uns unabhängig von globalen Tech Konzer-
- 33 nen. Hierfür werden wir Gelder zur Verfügung stellen.
- 34 • Öffentliche Dashboards zur transparenten Darstellung kommunaler Ausgaben und Pro-
- 35 jekte entwickeln.
- 36 • Ausbau digitaler Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren.

- 1 • Raumkataster und Störungsmanagement aufbauen.
- 2 • Digitale Begleitung von Projekten mit klarer Kommunikation und Bürgerdialogen.
- 3 • Digitale Bürger:innen-Services werden ausgebaut, Bürgerämter bleiben als Anlaufstellen
- 4 in den Stadtteilen erhalten.
- 5 • Informationsmanagement verbessern: Stadtweite, niedrigschwellige Informationen über
- 6 Baustellen, Veranstaltungs-QR-Code an jeder Baustelle mit Informationen zu Maßnahme,
- 7 Dauer und Ansprechpartnern.
- 8 • Zentrales Management und bessere Koordination von Straßensanierungen.
- 9 • Die Stadtverwaltung soll für Bürger:innen und Gewerbetreibende stärker als aktive Lö-
- 10 sungspartnerin auftreten. Dazu gehört ein konsequenter Wechsel hin zu einer Haltung,
- 11 die darauf abzielt, Wege zu ermöglichen statt auf Hindernisse zu verweisen. Die Stadt
- 12 stärkt aktiv eine „Wir finden eine Lösung“-Kultur in allen Dienststellen.
- 13 • Privatisierungen kritischer Infrastruktur prüfen und ggf. rückgängig machen.

15 **Arbeitgeberin LHH & Personal**

- 16 • Attraktive Arbeitsbedingungen und vereinfachte, schnelle Bewerbungsverfahren. Ge-
- 17 zielte Einstellungsoffensive.
- 18 • Personalentwicklung: Durchlässigkeit der Verwaltung fördern, Quereinstieg erleichtern,
- 19 regionalen Arbeitsmarkt stärker nutzen, vor allem Nutzung der Jobdrehschreibe
- 20 • Fachkräftegewinnung durch Ausbildungsverbünde.
- 21 • Wohnraumvermittlung für Beschäftigte schaffen.
- 22 • Jobticket, Jobrad und Gesundheitsangebote stärken.
- 23 • Frauen in Führung stärken, Führung in Teilzeit ermöglichen, Jobsharing bei Führungsposi-
- 24 tionen ermöglichen – gerade das ist für die Vereinbarkeit von Familie und Führung im Be-
- 25 ruf wichtig.

27 **Sauberkeit, Grün & Stadtbild**

- 28 • Regelmäßige Grünpflege in Parks und Quartieren (z. B. Maschpark, Georgengarten). Bio-
- 29 diversitätsfreundliche Pflege (artenfreundliche Mahd) gekoppelt mit Sauberkeit: Mehr
- 30 Abfallbehälter, häufigere Leerungen, konsequentere Kontrollen durch aha.
- 31 • Kostenlose Trinkwasserbrunnen an belebten Orten wie z. B. der Maschsee, dazu können
- 32 auch die Stadtbezirke selbst Orte für die Brunnen benennen.
- 33 • stadtweite Initiative gegen Müll und Verwahrlosung; Optimierung von Kreuzungen.

- Mit einem „1.000 Bänke“-Programm schafft die Stadt überall dort neue Sitzgelegenheiten, wo Menschen verweilen, sich begegnen oder Erholung suchen. Wo fest verbaute Bänke schwierig sind, können temporäre oder modulare Modelle eingesetzt werden. BZR können hier konkretisieren.
- Sichtbare Aushänge von Bußgeldkatalogen an Problemorten.
- Prüfung innovativer Nachnutzungskonzepte für städtische Flächen.

Bau & Infrastruktur

- Bessere Koordinierung städtischer Baustelle und Kommunikation städtischer Baustellen, enge Abstimmung mit der Üstra, optimierte Ampelschaltungen und vorausschauende Kommunikation der Bauphasen. An jeder Baustelle steht ein Schild, bis wann es fertig ist, Bezirksrat wird informiert und konsequent über Fortschritt dargestellt. Baustellen werden angekündigt und entsprechend vorab Umwege ausgeschildert. Bei Überschreiten der geplanten Länge werden Strafen verhängt. Baustellen müssen wieder in der geplanten Zeit fertig werden.
- Strategische Erweiterung des ÖPNV mit dichterem Taktung, besseren Verbindungen und guter Anbindung in Randzeiten. Ausbau und Verbesserung des Stadtbahnnetzes
- In stark nachgefragten Wohnquartieren sollen kommunale Fahrradgaragen eingerichtet werden. Diese bieten gesicherte Abstellmöglichkeiten, ein digitales Zugangssystem und folgen einem einheitlichen städtischen Standardsystem (z. B. Modellbau Kienzler K21), in Abstimmung mit BZR.
- Die Entsiegelung von Schulhöfen und innerstädtischen Flächen wird weiter vorangetrieben, um Hitzeinseln zu reduzieren und neue Aufenthaltsflächen zu schaffen. Jedes Jahr sollen fünf Inseln geschaffen werden. Wo, entscheidet der Stadtschülerrat.
- Aufbau einer kommunalen Stelle oder eines Meldewege gegen Mietwucher, um Mieter:innen besser zu schützen.
- Großstadtzulage für E2 umsetzen.

Bürgernähe & Ehrenamt

- Bürgernähe: Bezirksmanagement bekannter machen, „One-Stop-Shop“-Lösungen und persönliche Ansprechstellen ausbauen. Aufgabe des BZR, diese bekannter zu machen.
- In Bezirksrats- und Tagungsstätten wird schrittweise eine induktionsgestützte Hörtechnik eingeführt, wie sie in vielen Kirchen bereits Standard ist. Dies verbessert die Teilhabe für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen bei öffentlichen Sitzungen und Veranstaltungen. Ziel bis 2025 ist, dass jeder Stadtbezirk eine vorhält.

- Bürgerämter neu denken: Vor-Ort-Services, z. B. in Kooperationen mit Vereinen und Zentren und Schulen, um Flächen zu nutzen. Diese werden digital ausgestattet und werden beratende Angebote wahrnehmen, z. B. Anlaufstelle für Ehrenamt.
- Stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund ins Ehrenamt.

Infrastruktur & Lebensqualität

- Aufwertung der sozialen Infrastruktur – Freizeitheime, Jugendzentren, Bürgerämter, Stadtteilbibliotheken – in allen Stadtbezirken; inklusive Ganztagsbetreuung. Unsere Garantie: In jedem Stadtbezirk gibt es die Möglichkeit ein Bürgeramt aufzusuchen, ob physisch oder mobil.
- Baumpatenschaften: Bürger:innen, Initiativen und Schulen können Baumpatenschaften übernehmen, inklusive Obstbäumen im Stadtraum.
- Kalt- und Frischluftschneisen: Diese werden konsequent gesichert und in der Stadtplanung berücksichtigt.
- Umbau vor Abriss: Die Stadt macht eine Wirtschaftlichkeitsanalyse und setzt bei eigenen Gebäuden vorrangig auf Umbau und Sanierung statt Abriss, um Ressourcen und graue Energie zu erhalten.
- Mit der Unterstützung der stadtteilbezogenen Bauernmärkte stärkt die SPD die heimische Landwirtschaft und schafft eine nachhaltige Möglichkeit für die regionale und gesunde Ernährung.
- Wir begrüßen als SPD nachdrücklich die SOLAWI-Initiativen in der Stadt und im Umland (Solidarische Landwirtschaft).
- Bau von Trinkbrunnen (z. B. am Maschpark, Herrenhäuser Gärten, BZR können eigene Orte benennen).
- Gänse-Population im Maschpark in Zusammenarbeit mit dem Nabu kontrollieren.

Gesundheit

In der Region Hannover sind 65.000 Menschen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. In Kliniken, Arztpraxen, medizintechnischen Unternehmen, Pflegeeinrichtungen, Laboren und Einrichtungen der Gesundheitsforschung. Die Medizinische Hochschule Hannover mit ihrer wissenschaftlichen Exzellenz ist der Kristallisationskern dieses sehr dynamischen Wirtschaftsbereichs. Mit dem Neubau der MHH verbindet sich daher eine einmalige Chance.

Innovationen und neue Produkte entstehen nicht zuletzt durch die Nähe von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, etablierten Unternehmen und Start-ups. Technologieparks und Campus-Projekte können einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass in

Hannover neue Unternehmen und hochwertige Arbeitsplätze entstehen. Hannover soll eine Stadt der Gründungen und ein Zuhause für junge Unternehmen sein.

Sportvereine, Kleingarten

- Sport für alle – Vereine stärken, Gemeinschaft fördern
- In Hannover sollte eine Sporthalle gebaut werden mit mindestens 6 Felder für unterschiedliche Sportarten.
- Sicherung des Eisstadions am Pferdeturm als Spielstätte; dafür investieren wir in den Bestand oder bauen eine neue Halle in Kleefeld.
- Die zügige Sanierung des Annabades wird gestartet.
- Freizeitheime werden modernisiert, z. B. Neubau Freizeitheim Döhren. Wir investieren in die soziale Infrastruktur unserer Stadt.
- Umkleidekabinen für alle Geschlechter; am besten Unisextoiletten; Investitionen in diesem Bereich stärken

Ehrenamt fördern

- Ehrenamt im Sportverein gezielt entlasten durch mehr Hauptamtlichkeit ab 1.000 Mitglieder
- Sanierung und Weiterentwicklung des Geländes von SV Armina und das Rudolf-Kalwei-Stadion
- Das Stadionbad für den Wassersport sanieren und erweitern auf 1.500 Personen.
- Vergünstigungen für Eintritte in Schwimmbäder und Freizeitangebote, Ausbau von Schwimmern-Programmen für Kinder.
- Sporthallen, Vereinsinfrastruktur und kindgerechte Spielplätze werden gezielt ausgebaut. Verschattungen wie Sonnensegel verbessern den Hitzeschutz.
- Sanierung/Wiederinbetriebnahme und verlässliche Modernisierung von Schwimmbädern: Das Lister Bad, Nord-Ost-Bad, Bedarf auch im Bereich Bothfeld/Sahlkamp) – zusätzlich zur Schwimmförderung/Seepferdchen-Initiative.
- Zusätzliche Outdoor-Bewegungsangebote wie Calisthenics-, Parcours- und Tecball-Anlagen (z. B. am Bothfelder Wäldchen).

Kleingartenentwicklungsplan

- Kleingärten bewahren – grüne Oasen für Hannover
- Kleingärten als Orte der Begegnung und Integration
- Natur, Erholung und Umweltbildung im Quartier

5. Querschnittsthemen: Zusammenhalt, Digitales, Nachhaltigkeit

Klima & Stadtentwicklung:

Nachhaltige, klimagerechte Planung; ressourcenschonende Bauweisen (z. B. Holzbau); Förderung des Umweltverbunds bei einer Verkehrspolitik, die alle mitnimmt.

- Die Stadt setzt die bereits bestehenden Hitzeschutzmaßnahmen konsequent fort und erweitert sie um zusätzliche Trinkbrunnen, öffentliche Kälteräume und punktuelle Sprühnebelanlagen an stark frequentierten Plätzen.
- In allen Stadtbezirken sollen konkrete Hitzeschutzkarten auf der hannover.de- Webseite eingeführt werden, die die Bedürfnisse besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen berücksichtigen.
- Preistransparenz bei der Fernwärme: Die Preisbildung der Fernwärme wird für Bürger:innen niedrigschwellig und verständlich dargestellt. Ein Vergleich zwischen Gas- und Fernwärmepreisen schafft Transparenz und stärkt den Verbraucherschutz.
- Ausbau von Nahwärmenetzen: In Quartieren außerhalb des Fernwärmesatzungsgebiets werden Nah- und Quartierswärmenetze als klimafreundliche Alternative geprüft und umgesetzt.
- Batteriegroßspeicher: In Kooperation mit der enercity AG werden Batteriespeicher ausgebaut, um Netzstabilität und Versorgungssicherheit zu erhöhen, auch mit Blick auf den Katastrophenschutz
- Wassermanagement Stadtgrün: Für die Eilenriede und weitere Grünflächen wird ein angepasstes Wassermanagement umgesetzt, um Trockenheitsschäden zu reduzieren.
- Energiegenossenschaft: Die Stadt initiiert eine Energiegenossenschaft, um Bürger:innen eine direkte Beteiligung an erneuerbaren Energieprojekten zu ermöglichen. Bürger:innen sollen sich stärker an der Finanzierung der Energiewende beteiligen können, etwa über geeignete Beteiligungsinstrumente kommunaler Unternehmen: Bei Windparks oder FreiflächenPV geben wir den Bürger:innen vor Ort in der Regel die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung. Davon profitieren aber vor allem Bürger:innen eher ländlicher Gebiete. Ein Fonds könnte in der Tat ein Instrument zur Beteiligung auch von Hannoveraner:innen sein. Allerdings sind die Verwaltungskosten und die finanzregulatorischen Anforderungen eines Fonds hoch. Daher wäre es meiner Sicht sinnvoll, wenn enercity-Genussscheine oder Nachranganleihen gezielt für Bürger:innen herausgegeben werden. Damit könnte dann auch das Eigenkapital von enercity gestärkt werden.
- Errichtung von Ladebordsteinen, als Lade-Arm oder Bordsteinsteckdose

Frauen im Fokus:

- Verbesserungen in Sicherheit, Finanzen, Gesundheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie; mehr Sichtbarkeit von Frauen in Politik und Verwaltung
- Die Kapazitäten der Frauenhäuser werden um zehn Plätze ausgebaut, um Frauen und ihren Kindern in Notlagen jederzeit Schutz und Zugang zu Beratung zu gewährleisten.
- Zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und queere Menschen werden quartiersnah gestärkt.

Demokratie & Teilhabe

- Stadtweite Präsenz, Bürgerdialoge auf Augenhöhe, verbindliche Rückmeldungen der Verwaltung. Bei neuen Wohngebieten sollen mindestens 20 Prozent der Wohnungen als geförderter Wohnraum entstehen.
- Eine ausgewogene Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund und sozialpolitische Durchmischung werden bei der Stadtplanung konsequent berücksichtigt.
- Kostenfreier Internetzugang und WLAN an öffentlichen Plätzen. Unsere Telekomtochter htp betreibt bereits diverse öffentliche WLAN-Netze in und um Hannover. In den Stadtbahnen läuft das WLAN-Netze ebenfalls über htp. Technisch ist die Ausweitung auf weitere öffentliche Plätze leicht möglich. Die Kosten hängen stark von der Anzahl der zu errichtenden Hotspots ab, weitere Faktoren sind die technische Infrastruktur und die Wartung dieses Netzes. Pro Hotspot kann mit ca. 10.000 Euro für Hardware, Installation, Anbindung an Glasfaser rechnen. Sollten Straßenlaternen integriert werden, liegen die Kosten bei öffentlichen Plätzen bei weiteren ca. 10.000 Euro pro Lichtpunkt. Das öffentliche WLAN-Netz in Stadtbahnen hat meines Wissens einmalig 8 Mio. Euro gekostet. Davon hat das Land Niedersachsen 4,6 Mio. Euro gefördert. Die NBank finanziert derzeit unter dem Programm „Hot Spots Niedersachsen“ kommunale Projekte mit bis zu 90 Prozent der Kosten.
- Verbesserung niedrigschwelliger Angebote zur Teilhabe von Senior:innen, Menschen mit Behinderungen und Zugewanderten.

Kultur & Stadtleben:

- Weiterentwicklung des Museums-Areals mit der gerechten Entwicklung der Culemannstraße. Dazu an belebten Orte Kulturbänke, Sportplätze- und Courts für Öffentliche Plätze und kulturelle Angebote aufwerten; Sicherung der Kinder- und Jugendbibliothek in der Südstadt als Bildungs- und Begegnungsort
- Stärkung von Bibliotheken als offene Treffpunkte (Open Library).
 - Einrichtung eines Beirats für Straßennamen und aktive Aufarbeitung historischer Bezüge.

- Entwicklung konsumfreier Begegnungsräume.
- Prüfung von Konzepten wie Flussbaden an der Leine.

Friedhöfe & Erinnerungskultur:

- Die städtische Erinnerungskultur soll stärker darauf ausgerichtet werden, Schulen, Vereine, Migrantenorganisationen und weitere Gruppen mit den Orten der Erinnerung in Stadt und Region zu verbinden
- Die Kooperation zwischen Gedenkstätte Ahlem und Zeitzentrum Zivilcourage soll intensiviert und verstetigt werden.
- Kooperation zwischen Gedenkstätte Ahlem und weiteren Einrichtungen verstetigen.
- Schulen, Vereine und migrantische Organisationen stärker in Erinnerungsarbeit einbeziehen.

Mobilität & Fußverkehr:

- Entwicklung einer städtischen Fußverkehrsstrategie
- Umsetzung des Leitbilds der 15-Minuten-Stadt.
- Einrichtung von Schulstraßen.
- Ausbau sicherer Querungen und angepasster Ampelschaltungen.
- Konsequentes Vorgehen gegen Gehwegparken.
- Stärkere Trennung von Fuß- und Radverkehr.
- Sicherstellung barrierefreier Zugänge zum ÖPNV.
- Mehr sichere Querungen wie Zebrastreifen, Mittelinseln und fußgängerfreundliche Ampelschaltungen.

Demokratie stärken / Kampf gegen Rechts

Wir stärken Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine verlässliche demokratische Infrastruktur, aktive Teilhabe und gut vernetzte zivilgesellschaftliche Initiativen. Bildungs- und Begegnungsorte wie Bibliotheken, Stadtteilkultureinrichtungen und Gedenkstätten entwickeln wir gezielt weiter, um Zugang zu Wissen, Austausch und demokratischer Bildung für alle Generationen und in verschiedenen Sprachen zu ermöglichen.

- Die Strategie „WIR 2.0“ wird evaluiert, weiterentwickelt und langfristig verankert sowie stärker mit Initiativen der Demokratiebildung und Teilhabe vernetzt. Gleichzeitig fördern wir den interreligiösen Dialog durch regelmäßige Austauschformate und gemeinsame

1 Projekte. Antidiskriminierungsarbeit wird durch Fortbildungen, Kooperationen mit zivil-
2 gesellschaftlichen Akteur:innen und stärkere Verknüpfung mit Bildungs- und Kulturange-
3 boten ausgebaut.

- 4 • Erinnerungsarbeit stärken wir u. a. durch die Weiterentwicklung von Gedenkortern wie
5 einem Mahnmal für Sinti und Roma sowie durch begleitende Bildungsangebote.
- 6 • Wir verbessern die Teilhabechancen von Menschen mit internationaler Biografie, Ge-
7 flüchteten und internationalen Studierenden – insbesondere beim Zugang zu Wohn-
8 raum, Arbeitsmarkt, Bildung und Sprache. Dazu bauen wir Beratungs-, Qualifizierungs-
9 und Unterstützungsangebote aus und stärken Begegnungsformate mit der Stadtgesell-
10 schaft.
- 11 • Migrant:innen-Selbstorganisationen und postmigrantische Initiativen werden besser ver-
12 netzt, strukturell unterstützt und in Beteiligungsprozesse einbezogen.
- 13 • Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeind-
14 lichkeit setzen wir auf Prävention, Bildung und klare Haltung. Demokratiebildung wird in
15 Schulen, Jugendarbeit sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen ausgebaut, ebenso Pro-
16 gramme zur Medienkompetenz und zur Stärkung demokratischer Fähigkeiten. Zivilgesell-
17 schaftliche Initiativen und Bündnisse für Vielfalt werden verlässlich gefördert.
- 18 • Betroffene von rechter Gewalt und Diskriminierung stärken wir durch Beratungsange-
19 bote und niedrigschwellige Meldestrukturen. Gleichzeitig sensibilisieren wir Verwaltung,
20 Polizei und öffentliche Einrichtungen.
- 21 • Die Kommune bezieht klar Stellung für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte: Wir
22 stellen keine Räume für extremistische Akteure zur Verfügung und setzen sichtbare Zei-
23 chen gegen Hass und Diskriminierung im öffentlichen Raum.
- 24 • Durch bessere Vernetzung von Verwaltung, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie zi-
25 vilgesellschaftlichen Akteuren stärken wir die Früherkennung extremistischer Entwick-
26 lungen und bauen Präventionsnetzwerke weiter aus.

28 **Ergänzungen nach Stadtbezirken:**